

In seinem mit Spannung erwarteten Urteil hat das kolumbianische Verfassungsgericht den Gesetzentwurf für die Einrichtung der Speziellen Justiz für den Frieden (span. Abkürzung: JEP) mit einigen Auflagen gebilligt. Nun äußern sich Politiker zu dem Urteil. Das Magazin EL ESPECTADOR fasst die Reaktionen zusammen (15.11.2017).

Geteilte Reaktionen zum Urteil des Verfassungsgerichts zur JEP

Während die Regierung die Entscheidung begrüßte, äußerte die Opposition sich kritisch. Nun muss die Annahme des Gesetzes zur Schaffung der JEP durch den Kongress erfolgen, und zwar unter Zeitdruck, bevor das beschleunigte Gesetzgebungsverfahren (sog. „Fast Track“) ausläuft.

Die Regierung feierte den Gerichtsbeschluss, der den Weg für die JEP frei macht, aber Kritik kam aus der Opposition, vor allem vom Centro Democrático (Partei von Expräsident Álvaro Uribe, A.d.Ü.). Und obgleich die Annahme des Gesetzes durch den Kongress noch aussteht (und in zwei Wochen endet der Fast Track), hat die Erklärung der Durchführbarkeit, also des Herzstücks des Friedensabkommens durch das Gericht, die Debatte beflügelt.

Als einer der ersten, die ihren Respekt vor dem Gerichtsentscheid ausdrückten, rief Präsident Juan Manuel Santos den Kongress am Dienstagabend auf, sich der Aufgabe zu stellen, „im Schnellverfahren die wichtigen Normen zu verabschieden, welche das Friedensabkommen voranbringen“.

Auch Innenminister Guillermo Rivera bezog sich auf den Fall, als er in einem Interview mit dem Sender Blu Radio mehrere Anmerkungen erläuterte, die das Verfassungsgericht in sein Urteil eingeflochten hat. Dazu gehörte auch die Entscheidung, dass ausländische Richter nicht an Entscheidungen der JEP beteiligt werden dürfen, weil „dies die Autonomie der Justiz verletze und ein Element ist, das unserer Rechtsordnung fremd ist“.

Rivera erwähnte auch die Möglichkeit, dass wegen ihrer von den Paramilitärs gesteuerten politischen Entscheidungen Verurteilte sich wieder politisch betätigen können, sofern ihre Delikte im Rahmen des bewaffneten Konflikts verübt wurden und sie sich an der Wahrheitsfindung und der Entschädigung der Opfer beteiligten.

Humberto de la Calle (Chefunterhändler der Regierung in Havanna, A.d.Ü.), der eine Präsidentschaftskandidatur für die Liberale Partei anstrebt, begrüßte ebenfalls die Gerichtsentscheidung und erklärte so wie Santos, ihn mache „besorgt, was im Kongress passiert, auch wenn die gestrige Entscheidung einen Fortschritt darstellt, denn nun ist die demokratischste Verfahrensweise eine möglichst rasche Zustimmung“.

Und wie de la Calle zeigte sich auch der frühere Vizepräsident Germán Vargas Lleras zufrieden mit dem Urteil, obwohl seine Partei Cambio Radical noch vor einigen Tagen sich als nicht mit dem Gesetz einverstanden erklärt hatte. „Ich begrüße sehr stark, dass das Verfassungsgericht die Zuständigkeiten der JEP beschränkt hat auf diejenigen Personen, für die sie immer gedacht war: Die Mitglieder der FARC und der Streitkräfte“, versicherte er.

Auch die FARC lobte die Entscheidung. Rodrigo Londoño, ehemals Oberkommandierender der Guerrilla, erklärte über Twitter: „Das Verfassungsgericht erfüllt seine Verpflichtung gegenüber dem Land, indem es den Weg für die JEP freigibt, indem es die Rechte der Opfer garantiert, zur Verhinderung von Straflosigkeit verpflichtet und die Wahrheitsfindung sichert“.

Aber es gab nicht nur Stimmen der Zustimmung zum Urteil des Gerichts. Es gab auch Kritiker, wie das Centro Democrático. Der früherer Präsident und heutige Senator Álvaro Uribe erklärte via Twitter:

„Trotz einiger durch das Gericht veranlasster Änderungen bleibt der fundamentale Fehler der JEP, dass Soldaten mit Terroristen auf eine Ebene gestellt und dazu gezwungen werden, Verbrechen zuzugeben, die sie nicht begangen haben oder anderenfalls 20 Jahre Haft zu riskieren.

Ein weiterer Präsidentschaftskandidat, der frühere Prokurator Alejandro Ordoñez, stellte sich auf die Seite der Kritiker aus Uribes Partei, indem er versicherte: „Wir haben gewarnt und wurden zu Lügner erklärt. Dank des Verfassungsgerichts haben die Terroristen jetzt ein Tribunal des Hasses und der Rache, um damit alle Kolumbianer zu verfolgen, die jahrzehntelang gegen sie gekämpft haben. Mit der JEP sinkt Kolumbien ab auf das Niveau Venezuelas, mit Gerichten, die dem Regime und dem Terrorismus zu Diensten sind. Gegen das Volk. Sie haben uns den 2. Oktober (Tag, an dem 2016 in einer Volksabstimmung das Friedensabkommen mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, A.d.Ü.) geraubt, und nun sind sie die Herren der `Justiz`“.